

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Matthias Fischbach

Abg. Barbara Regitz

Abg. Thomas Gehring

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Oskar Atzinger

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Abg. Raimund Swoboda

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo

Abg. Arif Taşdelen

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5 b** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

zur Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes

hier: Zugangserleichterung für Lehrkräfte aus der Ukraine und aus weiteren Staaten mit EU-Beitrittskandidatenstatus (Drs. 18/23635)

- Erste Lesung -

Begründung und Aussprache werden miteinander verbunden. Damit hat die FDP-Fraktion 9 Minuten Redezeit. Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Ich erteile für die FDP-Fraktion dem Kollegen Matthias Fischbach das Wort.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Was war das für ein Schulstart in diesem Jahr – ganz anders als früher. Diesmal hieß es nicht: "Die Unterrichtsversorgung ist gesichert." Nein, neuerdings bezeichnet Kultusminister Piazzolo die Unterrichtsversorgung euphemistisch als "solide". Solide – das heißt vor Ort, dass nicht nur AGs ausfallen, sondern dass auch immer mehr Pflichtunterricht nicht stattfinden kann, eben weil die Lehrkräfte fehlen.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Stimmt nicht!)

Wie viele genau fehlen denn? – Das kann Herr Piazzolo, der den Lehrkräftemangel anfangs noch als "Erfindung der Opposition" abtat, nicht beziffern. Einige Hundert – das sei ungefähr die Größenordnung, haben Sie in einigen Pressekonferenzen gesagt.

(Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo: Falsch!)

– Falsch? Dann können Sie ja gleich ergänzen, Herr Minister.

Was gedenken Sie eigentlich dagegen zu tun? Das ist die entscheidende Frage. Eine Werbekampagne für das Lehramt – und sonst?

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

– Mal sehen? Wann kommt es denn? In der nächsten Legislaturperiode und mit dem Koalitionspartner, den Sie gerade haben? Gesichert ist leider nichts.

Ansonsten haben Sie gesagt, das Betretungsverbot für schwangere Lehrkräfte könne man "mal lockern". Sie sprechen von "irgendwie mal" und "irgendwann". Ich erinnere daran, dass der Schulstart schon herum ist und die Planungen schon durch sind. Meine Damen und Herren, Sie merken es selbst: Das ist zu wenig. Es muss deutlich mehr kommen. Wer mit so wenig Weitsicht und so wenig Gestaltungskraft an die seit Langem offensichtlichen Probleme in unserem Bildungssystem herangeht, der riskiert, dass sich die Probleme weiter verschärfen.

(Beifall bei der FDP)

Ich muss es eigentlich noch deutlich sagen: Herr Piazzolo, Sie verantworten es, dass sich die Probleme weiter verschärfen. Handeln Sie endlich!

Konzepte zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels liegen nämlich schon lange auf dem Tisch. Es gibt keine Ausreden mehr für diese Untätigkeit. Vor zwei Jahren hatten wir vonseiten der Opposition sogar eine Anhörung im Landtag angesetzt zu der Frage, wie man das Lehramt flexibel und attraktiv gestalten kann. Als eine Möglichkeit wurde die Reform der Lehrkräfteausbildung genannt. Aber dann? – Keine Bewegung.

Vor einem Jahr haben SPD, GRÜNE und FDP allesamt beantragt, Grund- und Mittelschullehrkräfte fairer zu bezahlen. Bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU gab es keine Bewegung, sondern die pauschale Ablehnung.

Auch als wir von der FDP Anfang dieses Jahres mit einem Antragspaket noch einmal ein Dutzend Vorschläge für eine große Personaloffensive eingebracht haben, zum Bei-

spiel zur Vorbereitung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung, gab es von der CSU und den FREIEN WÄHLERN nur die pauschale Ablehnung.

Zu unseren Vorschlägen gehörte neben der Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte auch die einfachere Anerkennung von Abschlüssen, die nicht in Bayern erworben wurden, bzw. die einfachere Nachqualifizierung. Voraussetzung wäre, dass man sich nicht mehr so sklavisch wie bisher an Fächerkombinationen orientiert, die es nur in Bayern gibt. – Das alles haben Sie wiederum pauschal abgelehnt.

Zu alledem kamen weder von der CSU noch von den FREIEN WÄHLERN oder vom Kultusministerium wirklich belastbare Gegenvorschläge. Das Einzige, was ich an dieser Stelle erwähnen kann, sind Ihre Notmaßnahmen aus dem Jahr 2020. Diese aber haben das Lehramt durch Mehrarbeit nochmals unattraktiver gemacht.

Sie selbst sehen es inzwischen wie wir alle: Die Zahl der Studienanfänger geht deutlich zurück. Da die Studienanfänger ausgehen, haben Sie inzwischen mit heißer Nadel sogar Sondermaßnahmen für die Mittelschulen gestrickt, sodass auch mit einem anderen Studium als einem Lehramtsstudium direkt der Quereinstieg gestartet werden kann.

Ich will nicht alles schlechtreden. Aber eines bleibt festzuhalten – –

(Lachen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich will eines festhalten, meine Damen und Herren: Was Ihnen völlig fehlt, ist eine kluge Gesamtstrategie, ein in sich schlüssiges Gesamtkonzept, mit dem wir das Lehramt auch insgesamt wieder attraktiv machen können. Das wäre nämlich dringend nötig.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir brauchen eine Perspektive. Sie müssten mit einem Konzept endlich einmal zeigen, dass Sie die Lage im Griff haben. Es kommt aber nichts. Ich kann es nur wieder-

holen: Liefern Sie endlich! Unsere Schulen haben eine bessere Politik verdient. Diese Mangelverwaltung kann nicht Bayerns Anspruch sein.

(Beifall bei der FDP)

Ja, in dieser Krise wird es – das ist allen klar – weder einfache noch schnelle Lösungen geben. Aber es gibt unterschiedliche Bausteine, die man einzeln setzen kann, um eine tragfähige Gesamtlösung für die Versorgung mit Lehrkräften aufzubauen. Wir legen Ihnen mit diesem Gesetzentwurf heute einen weiteren Baustein vor. Während wir in Bayern ja inzwischen, wie gesagt, Quereinsteiger ohne Lehrerausbildung regulär an Schulen arbeiten lassen, gibt es eine Gruppe von studierten Lehrkräften, die völlig außen vor bleibt, selbst wenn diese Lehrkräfte fachlich top qualifiziert sind oder auch bereit sind, noch mal eine Nachqualifizierung anzutreten, selbst wenn sie die deutsche Sprache schon so gut wie perfekt beherrschen sollten.

Ich rede hier von ukrainischen Flüchtlingen, die insbesondere aufgrund des Krieges nach Bayern geflohen sind. Einige Hundert davon haben sogar schon Anträge auf Anerkennung ihrer Lehramtsqualifikation gestellt, obwohl das aussichtslos ist. Das haben Sie in Ihrer Antwort auf meine Anfrage auch so geäußert. Ich glaube, es waren genau 467 für das Gymnasiallehramt.

In Ihrer Antwort auf die Anfrage ist aber auch gesagt worden, dass die Rechtslage eindeutig ist: Es ist nicht möglich. Abschlüsse aus Drittstaaten haben keine Chance auf Anerkennung, auch nicht auf teilweise Anerkennung, weil das eben den EU-Mitgliedstaaten vorbehalten bleibt und den Staaten im EU-Wirtschaftsraum, also zum Beispiel der Schweiz. Artikel 7 Absatz 4 des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes sagt das leider eindeutig. Das wollen wir heute hier ändern,

(Beifall bei der FDP)

und zwar nicht mit einer Sonderregelung für die Ukrainer, die nur für die Ukrainer gilt, sondern mit einer klaren rechtlichen Handhabe, eben bezogen auf EU-Beitrittskandi-

datenstaaten. Das ist also eine grundsätzlich tragfähige Lösung, nicht nur eine Krisenreaktion. Der Status bedeutet nämlich, dass sich ein europäisches Land nicht nur aktiv dafür entschieden hat, sich in den Aufnahmeprozess zu begeben und damit auch seine Standards an die der EU angleichen möchte. Es bedeutet auch, dass die Europäische Kommission den Antrag des Landes nach den entsprechenden Kriterien geprüft hat und dann dem Rat der EU mit einer positiven Empfehlung vorgelegt hat, der dann einstimmig, mit all seinen Mitgliedstaaten, das Ganze beschlossen hat.

Da ist also einiges passiert. Das Land befindet sich schon weit auf dem Weg in die Europäische Union, in den europäischen Rechtsrahmen. Wir beantragen nun, dass es bezüglich der Anerkennung von Lehramtsabschlüssen auch schon so behandelt wird wie ein Mitgliedstaat. Das ist eine sehr ausgewogene und in sich auch schlüssige Lösung, die dazu beitragen kann, unsere Schulen und unsere Lehrkräfte insgesamt zu entlasten.

Andere Bundesländer– das sage ich noch dazu – gehen da übrigens sogar schon weiter, schauen zum Beispiel eben bei den sogenannten Drittstaaten nicht auf die Herkunft und sagen nicht: Nein, das geht nicht. Stattdessen schauen sie auf die Qualifikation und Eignung, und nur auf die Qualifikation und Eignung. Wir wählen hier sogar lediglich einen Mittelweg, sind da zurückhaltend, um erste Erfahrungen zu sammeln, bevor wir dann auch weitergehende Schritte besprechen können.

Diese Gleichbehandlung bedeutet nicht, dass wir die Kontrolle über die Qualität unserer Lehrkräfte aufgeben würden. Im Gegenteil: Es folgt immer eine Sicherstellung der Qualifikation; entweder über eine Eignungsprüfung oder über eine bis zu dreijährige Nachqualifizierungsmaßnahme. Das Gesetz definiert außerdem die nötige Sprachkenntnis als Grundvoraussetzung, immer schon, jetzt gilt es ja auch: Wir reden da von C1- oder C2-Niveau. Mehr geht eigentlich kaum. Ohne diese Sprachkenntnisse braucht sich ein Lehrer dann im Rahmen des Gesetzes auch nicht um die Anerkennung oder Nachqualifizierung zu bemühen.

Das ist ein wohlüberlegter Schritt, der noch immer mit anspruchsvollen Hürden verbunden ist. Aber wir geben damit auch diesen über Hundert studierten Lehrkräften, die sich schon bei uns befinden, eine klare Perspektive. Sie müssen sich nicht völlig umorientieren oder gar nach jahrelanger Berufserfahrung noch mal alles in einem unbezahlten Studium von vorne durchkauen. Mit unserem Vorschlag kann gezielt nachqualifiziert werden, da, wo es nötig ist. Das wollen wir, und dafür werben wir heute.

Es ist dieses Signal, das wir aussenden wollen an Hunderte Lehrkräfte, die auch, wenn sie schon mehrmals ihre Eignung bewiesen haben, zum Beispiel in den Willkommensgruppen oder in den Brückenklassen, immer noch keine Aussicht auf eine unbefristete Anstellung als Lehrkraft in Bayern haben. Ihnen rufen wir zu: Ja, ihr seid auch wirklich bei uns willkommen! Bei uns zählen Leistung, die fachliche und persönliche Eignung mehr als die Herkunft.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Barbara Regitz für die CSU-Fraktion. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Barbara Regitz (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen, meine Herren! Auf der Tagesordnung steht die Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes mit dem Ziel, den berechtigten Personenkreis zu erweitern und den Zugang zum bayerischen Schuldienst zu erleichtern. Dies soll gelten für Lehrkräfte aus der Ukraine und aus Staaten mit EU-Beitrittskandidatenstatus. Das ist ein ernstes Thema. Ernst, weil es bei den Ukrainern um einen Personenkreis mit persönlichem Kriegsschicksal geht. Ernst auch, weil ukrainische Lehrkräfte unsere Schulen möglicherweise unterstützen könnten, und ernst, weil unsere Lehrkräfte nun eben auch noch die Integration der vielen ukrainischen Schülerinnen und Schüler leisten müssen.

Doch gleichzeitig schießt die FDP wieder mal über das Ziel hinaus. Darauf komme ich nun im Einzelnen: Was will die FDP? Wer soll eingestellt werden zu erleichterten Be-

dingungen? – Es handelt sich um Lehrkräfte aus der Ukraine und um Lehrkräfte aus Albanien, Moldau, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien und der Türkei.

Kurz gesagt: Der Lehrermangel soll durch Einstellung anders qualifizierter Kräfte behoben werden; denn es besteht ein erheblicher zeitlicher und auch qualitativer Unterschied in der Lehrerausbildung. Dennoch sollen genau diese Lehrkräfte in feste Arbeitsverhältnisse unbefristet an unseren Schulen eingestellt werden.

Da stellt sich die Frage: Was sollten Lehrkräfte in Bayern können? – Lehrkräfte in Bayern erfüllen ein breitgefächertes Aufgabenpensum und verfügen über ein qualifiziertes Leistungsspektrum. Sie sollen Wissen vermitteln, kontinuierlich fördern, individuell fördern, beraten, beurteilen, Verwaltungstätigkeiten und administrative Arbeiten ausüben sowie natürlich sprachlich kompetent sein. Denn sprachliche Kompetenz ist die Basis für Kommunikation, für eine gute Zusammenarbeit. Wer mit Menschen in unserem Land zusammenarbeiten will, muss sie verstehen, sich austauschen können. Voraussetzung für eine gelingende Zusammenarbeit ist darüber hinaus ein gemeinsames Verständnis des Bildungs- und Erziehungsauftrags.

Welche Voraussetzungen davon bringen die Kräfte aus der Ukraine mit? – In der Ukraine haben Lehrkräfte ein vierjähriges Studium in einem Fach, sie sind also Ein-Fach-Lehrer. Sie haben kaum praktisch vertiefte Ausbildung, keine Referendarzeit, keine Vorbereitungszeit. Statt Kompetenzorientierung wie bei uns werden Inhalte auf verschiedenen Niveaustufen in den einzelnen Schuljahren unterrichtet. Dieses ukrainische Ein-Fach-Lehrer-Prinzip ist mit unserem bayerischen nur schwer kompatibel. Das soll nicht heißen, dass sie schlechtere Lehrerinnen und Lehrer sind. Aber die Voraussetzungen sind eben anders.

(Zuruf der Abgeordneten Anna Schwamberger (GRÜNE))

Bei uns unterrichtet eine Lehrkraft in der Regel zwei Fächer. Nach der fachwissenschaftlichen Ausbildung im Studium durchläuft sie zwei Jahre Ausbildungszeit im dualen System, in Seminar und Schule. Referendare werden begleitet in staatsbürgerli-

cher Bildung, sammeln Erfahrungen in Didaktik und Methodik in Ergänzung zum Studium.

Damit ist klar, dass zwischen der Ukraine und Bayern bei der Ausbildung ein erheblicher zeitlicher und auch qualitativer Unterschied besteht. Wie sollten wir das unseren bayerischen Lehrkräften vermitteln? In Bayern bilden wir unsere Lehrer fundiert und mit erheblichem Aufwand aus, verlangen ihnen viel ab, ringen um Hundertstel bei der Staatsnote und besolden auch noch unterschiedlich. Lehrkräfte sind nicht nach ihrem persönlichen Schicksal zu beurteilen, sondern nach ihrer Qualifikation. Deshalb erzielen wir in Bayern national und auch international gute Erfolge für unseren Nachwuchs, für unser Land und für uns alle als Gesellschaft.

Täten wir uns und den ukrainischen Lehrkräften tatsächlich einen Gefallen? – Sicherlich in manchen Fällen, aber gewiss nicht bei der Mehrheit. Was wäre also die Folge, wenn wir auf maßgebende, etablierte Standards in der Lehrereinstellung verzichten? – Würden wir da nicht einen Niveauverlust in Bayern in Kauf nehmen?

Ich kann die Motivation, auch die Notlage ukrainischer Lehrkräfte verstehen. Ich sehe auch die Herausforderung unserer Schulen mit vielen Kindern und Jugendlichen ukrainischer Herkunft. Hilfe sollte passgenau erfolgen und alle Beteiligten der Schulfamilie möglichst zufrieden hinterlassen, um gerade in diesem Fall ein Beispiel für gelungene Integration zu sein. Den Schülerinnen und Schülern bringt es nichts, wenn sie mit den ukrainischen Lehrkräften nur schwer zurechtkommen. Den Lehrerinnen und Lehrern bringt es ebenfalls wenig, wenn sie sehen, dass ihre Kolleginnen aus der Ukraine nur bedingt Fuß fassen, und auch den ukrainischen Lehrerinnen selbst bringt es wenig, wenn sie spüren und sehen, dass sie die Hürden und Ansprüche des bayerischen Bildungssystems kaum meistern.

Noch etwas ist bei Ihrem Gesetzentwurf fragwürdig: Warum wird dieser Personenkreis ausgewählt? Denn was für Pädagogen aus der Ukraine gilt, findet sich ebenso oder ähnlich bei den anderen im Entwurf vorgeschlagenen Gruppen. Müssten wir denn

dann nicht auch Lehrkräfte aus Bosnien-Herzegowina oder Georgien aufnehmen, die EU-Beitrittsverhandlungen führen?

Schließlich behaupten Sie, es entstünden keine Kosten. Das wage ich schwer zu bezweifeln; denn die erheblichen Ausbildungsunterschiede müssen durch Maßnahmen der Nachqualifizierung ausgeglichen werden, und die gibt es nicht zum Nulltarif.

(Matthias Fischbach (FDP): Das steht aber dabei!)

Es bestehen bewährte Instrumente, um Lehrkräfte aus anderen Ländern mit einer vollständigen Lehrerqualifikation bei uns in den Schuldienst aufzunehmen. Zeitlich befristet können Lehrkräfte bereits jetzt an unseren Schulen arbeiten, als Vertretungslehrkraft, Team-Lehrkraft und Willkommenslehrkraft. Sie können sich auch in einem weiteren Fach nachqualifizieren und anschließend die Referendarzeit durchlaufen wie alle anderen Lehrkräfte auch. Es besteht also keine Notwendigkeit zur Änderung des Gesetzes. Deshalb lehnen wir Ihren Entwurf ab.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Der nächste Redner ist Herr Vizepräsident Thomas Gehring für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der erste Satz in der Problembeschreibung des FDP-Gesetzentwurfs bringt es auf den Punkt. Wir hatten den Lehrkräftemangel schon vor der Ukraine-Krise. Jetzt ist eine neue Situation hinzugekommen. Herr Piazzolo, es ist schon frappierend, wie sich Ihre Wahrnehmung von der Wahrnehmung der Menschen vor Ort und an den Schulen unterscheidet.

(Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo: Ich habe doch noch gar nichts gesagt!)

In der Bildungspolitik gilt das Gleiche wie im Fußball: Die Wahrheit liegt auf dem Platz. Hier liegt sie an den Schulen. Dort besteht die Situation, dass Kinder nach Hause geschickt werden, nicht wegen Corona, sondern weil keine Lehrkraft da ist. Die Eltern sind nach dem Homeschooling am Ende, und die Lehrkräfte gehen auf dem Zahnfleisch. Unsere Kinder und Jugendlichen haben nach Corona einen großen Nachhol- und Förderbedarf. Und Sie streichen Unterricht! Sie streichen Förderung! Unterricht fällt aus!

Liebe Frau Kollegin Regitz, Sie reden vom Niveau, das gehalten werden muss. Ich finde, das schlechteste Niveau für die Schülerinnen und Schüler entsteht dann, wenn gar kein Unterricht stattfindet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer hier ein paar Jahre im Landtag ist, kennt auch die Geschichte. Wir haben schon vor Jahren gefordert, zusätzliche Lehrkräfte einzustellen. Facebook hat mich an eine meiner vergangenen Taten erinnert. Mir ist kürzlich eine Pressekonferenz hochgespielt worden, bei der ich vor sieben Jahren gesagt habe, dass die Staatsregierung den Zuwachs von Schülerinnen und Schülern durch Zuwanderung in ihren Prognosen systematisch unterschätze. Das gilt auch für die Zuwanderung aus anderen Bundesländern, für die Zuwanderung aus der EU und natürlich auch für die Zuwanderung von Flüchtlingen. Das Ergebnis dieser systematischen Unterschätzung ist die Krise, die wir heute haben. Die CSU-Regierung hat es jahrelang versäumt, zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer einzustellen. Aber vermutlich legt eher ein Mops einen Wurstvorrat an, als dass die CSU rechtzeitig Lehrerstellen schafft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt haben wir die Situation mit der Ukraine-Krise. Die Zahlen sind genannt worden: Wir sprechen von etwa 40.000 geflüchteten ukrainischen Schülerinnen, Schülern und Jugendlichen sowie über Hunderte von Lehrkräften, die bei uns im Land sind. Ja, sie werden zum Teil an den Schulen angestellt, zum Beispiel in den Brückenklassen als

Team-Lehrkräfte. Im Amtsdeutsch heißen sie so schön schrecklich "Aushilfsnehmer". Das ist ein wunderbarer Begriff. Ihre Arbeitsbedingungen sind miserabel, ob es sich um Deutsche, Ukrainer oder andere handelt.

Wir haben festgestellt, dass es oft ewig dauert, bis die Verträge fertig sind und die Leute ihr Geld bekommen. Ich hatte kürzlich den Fall, dass ein ukrainischer Lehrer von einem Campingplatz und einer Schule ein Angebot hatte. Er ging dann zum Campingplatz; denn da kriegt er sein Geld schneller als an der Schule.

Der FDP-Gesetzentwurf geht in die richtige Richtung. Wir müssen überlegen, ob er denn vielleicht zu kurz springt. Natürlich ist es sinnvoll, die EU-Beitrittsländer einzubeziehen. Die Situation der anderen Länder, zum Beispiel der Türkei, ist schon angesprochen worden. Wir haben viele Lehrkräfte aus der Türkei, die in Deutschland arbeiten, aber nicht an den Schulen. Deshalb brauchen wir die Möglichkeit, dass diese Lehrkräfte ihre Qualifikationen anerkannt bekommen und schnell in der Schule arbeiten können. Sie sollen eben nicht ein ganzes Studium oder ein halbes Studium plus Referendariat nachmachen müssen, und das meistens ohne Bezahlung. Das werden die Leute nicht machen, sie werden zum Putzen gehen, anstatt an der Schule ihre Qualifikation einzubringen.

Zum Niveau: Ja, die Lehrerausbildung ist in anderen Ländern anders. Bei der Digitalisierung können wir aber alle von den Lehrerinnen und Lehrern aus der Ukraine lernen. Da haben die uns einiges voraus. Dünkel aufgrund des hohen Niveaus unserer Lehrerbildung und der Schwäche der Lehrkräfte aus anderen Ländern sind deshalb meines Erachtens nicht angebracht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen diese Novelle des Lehrerbildungsgesetzes. Vielleicht müssen wir darüber diskutieren, ob wir es noch weiter fassen müssen. Wir brauchen Module für die Quereinsteiger; denn wir haben nicht nur ausländische Lehrkräfte, sondern inzwischen auch deutsche, die ohne ein Lehrerstudium mit einem Magister in irgendeinem Fach

eingestellt werden. Da wird die Qualitätsdiskussion gar nicht mehr geführt. In diesem Jahr werden sogar Lehrkräfte eingestellt, die irgendwann einmal einen Yoga-Kurs gegeben haben. Auch solche Leute stehen heute vor unseren Klassen. Das bedeutet, wir haben einen großen Bedarf, Menschen nachzuschulen und ihnen Angebote zu machen. Deshalb müssen Module entwickelt werden, damit die Leute gleich unterrichten können, aber die Unterstützung bekommen, die sie brauchen. Die Universität Eichstätt hat dafür Angebote gemacht. Hier müssen wir zugreifen.

Danke, liebe FDP, für diesen Gesetzentwurf. Er bringt dieses Thema noch einmal in die Diskussion. Wir in der Ampel sind uns einig, wenn es darauf ankommt. Wir sind da offen, wenn ein Vorschlag von irgendeiner Seite kommt. Deswegen werden wir über dieses Thema im Ausschuss diskutieren. Ich bin gespannt, ob Sie sich hier bewegen können. Ich freue mich auf die Ausschussberatungen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Vielen Dank, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Tobias Gotthardt für die FREIEN WÄHLER. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Gehring, Verwirrung ist keine Einigkeit. Das möchte ich nur gesagt haben.

Herr Kollege Fischbach, das ist wieder einmal ein Gesetzentwurf der FDP zum Thema Bildung. Darauf freue ich mich immer. Ganz ernsthaft: Ich habe ihn mir angesehen, weil wir uns in den Ferien, weit jenseits der Untätigkeit, viele Gedanken darüber gemacht haben, wie wir die Unterrichtsversorgung in Bayern garantieren können. Wir haben auch viele Maßnahmen ergriffen. Dabei ging es um Sofort- und Ultrasofortmaßnahmen, die zum Schuljahresbeginn wirken. Ich rede nichts schön: Wir haben keine Matratze, auf der wir uns ausruhen können. Wir können aber zumindest die Unterrichtsversorgung in Bayern garantieren. Das möchte ich Ihnen zur Kenntnis geben.

Zu Ihrem Vorschlag: Wir haben uns sachlich darüber unterhalten. Nach Ihrer Rede muss ich aber den Staub des beginnenden Wahlkampfes der FDP zur Seite wischen und versuchen, den Kern des Anliegens zu finden. Aus der Sicht des Europaausschussvorsitzenden ist es mir wichtig, dass wir zwischen den EU-Mitgliedsländern und den Beitrittskandidaten unterscheiden. Der große Unterschied innerhalb der Europäischen Union liegt in zwei Richtlinien, die ich kurz nenne: die Berufsanerkennungsrichtlinie und die Richtlinie zur Anerkennung von Hochschulabschlüssen. Diese Richtlinien garantieren die Anerkennung gleichwertiger Abschlüsse. Das ist der Mehrwert, den wir in der Europäischen Union haben.

Die Beitrittskandidaten machen sich auf einen Weg. Sieht man sich aber die Liste der Staaten an, die Sie aufgezählt haben, erkennt man, dass dieser Weg unterschiedlich lang ist. Ich kann überhaupt nicht überblicken, welche Voraussetzungen ich in den unterschiedlichen Beitrittsländern habe. Deshalb ist es sehr wichtig, sich die Länder genau anzusehen. Das tun wir auch. Deswegen wehre ich mich gegen den Vorwurf, wir würden hier in Bayern keinem einzigen dieser Länder eine Chance geben. Natürlich geben wir ihnen eine Chance. Wir machen das in der Einzelfallprüfung für jeden aus einem Drittstaat, der bei uns an einer bayerischen Schule arbeiten möchte. Das ist übrigens ein Prozedere, das in allen Bundesländern – auch in denen mit FDP-Teilnahme – mit ein paar Nuancen Unterschied genau so gehandhabt wird. Lehrkräfte aus Drittstaaten werden erst einmal geprüft. Dann schaut man auf die Eignung und nach der Vergleichbarkeit; wenn dann Stufen fehlen, wird angeboten, diese fehlenden Stufen in einer universitären Zusatzausbildung und bis zur Ersten Staatsprüfung nachzuerwerben. Dann kann jeder bei uns in Bayern als Lehrkraft arbeiten.

Auf dem Weg dorthin kann er problemlos – auch schon vorher – als Brückenlehrkraft arbeiten. Das ist ein faires und wichtiges Angebot, das hier auch schon einige Leute – gerade aus der Ukraine – nutzen. Dass wir den Unterschied machen müssen, zeigt – Kollegin Regitz hat es schon gesagt – der Unterschied in der Ausbildung. Denn in der Ukraine gibt es eine Lehrerausbildung, die bis zum Bachelor geht. Zum Teil gibt es

Ein-Fach-Lehrkräfte. Weil ich das vorhin aus der Richtung der SPD gehört habe: Ich werte damit jetzt nichts ab, ich schätze das sehr hoch, aber wir brauchen die Vergleichbarkeit. Sie ist die Grundlage für Qualität an unseren Schulen. Die wollen wir weiterhin garantieren.

Deswegen sind diese beiden Wege – das Angebot der sofortigen Anstellung als Brückenlehrkraft und die Möglichkeit, bei Einzelfallprüfung an bayerischen Universitäten zur Vergleichbarkeit bis zur Ersten Staatsprüfung zu gehen und dann auch an den Schulen als Lehrkraft arbeiten zu können – ein unglaublich faires Angebot, das uns hilft, diese Menschen dauerhaft für den Lehramtsberuf in Bayern zu gewinnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Deswegen bitte ich darum, dass wir die ganze Debatte wirklich jenseits des Wahlkampfes wieder sachlicher führen. Ich habe meine ganzen Sommerwochen und -monate dafür geopfert, um gemeinsam mit dem Kultusminister und der Staatsregierung Möglichkeiten und Wege zu finden, noch Lehrkräfte zu finden. Das war eine sachliche Arbeit; sie hat gutgetan. Was von Ihnen in Ihrer Rede kam, hat nicht gutgetan, weil es nicht sachlich ist und keinen weiterbringt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Typisch FDP! Polemik halt!)

Deswegen lautet meine Bitte: Lassen Sie uns zur sachlichen Ebene zurückkehren! Lassen Sie uns darüber reden. Wir leisten jetzt schon mehr, als der Antrag der FDP vermuten lässt. Wir leisten jetzt schon mehr, als im Antrag vorgeschlagen wird. Deswegen gehen wir weiterhin unseren erfolgreichen bayerischen Weg und setzen auf diesem Weg darauf, Lehrkräfte aus Drittstaaten für Bayern zu gewinnen, und zwar dauerhaft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Roland Weigert (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist Oskar Atzinger für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Oskar Atzinger (AfD): Wertes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Vestimentum non facit monachum. – Kleidung macht keinen Mönch und ein Titel keinen Lehrer. Noch hat Bayern bei der Ausbildung von Lehrern ein hohes Niveau. Doch wenn es nach dem Willen der FDP geht, dann soll sich dies ändern. Jeder vykladach aus der Ukraine und jeder ögretmen aus der Türkei soll in Zukunft in Bayern unterrichten dürfen, vermutlich in seiner Landessprache;

(Widerspruch bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU)

denn die deutschen Kinder werden ohnehin bald in der Minderheit sein. In den Städten sind sie dies bereits jetzt.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Au weh! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Also, das ist ja unterste Schublade! – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sie würden Russisch einführen!)

Von einer Partei wie der FDP, die die Lieferung von Kampfpanzern an die Ukraine und die Abschaffung von Deutsch als alleiniger Amtssprache befürwortet, kann man eigentlich nichts anderes erwarten.

(Matthias Fischbach (FDP): Mutig!)

Wer Waffen liefert, bekommt noch mehr Flüchtlinge zurück. Das sei denen gesagt, die nicht wissen, wo der Ursprung des Problems liegt, das der Gesetzentwurf der FDP vermeintlich lösen will. Das Problem sind die hohen Flüchtlingszahlen. Der vorliegende Gesetzentwurf will ein strukturelles Problem beseitigen, indem er den Lehrermangel mit gerade erst nach Deutschland gekommenen Menschen beheben will. Er ist

unter dem Aspekt Flucht und Migration zu betrachten. Die FDP baut darauf, dass eben erst vor Krieg und Not geflüchtete Menschen sofort unserem maroden Schulsystem unter die Arme greifen. Das kann nicht zielführend sein.

Wer solche Gesetzentwürfe präsentiert, hat kein ernsthaftes Interesse daran, dass der Bildungsstandort Bayern seine Qualität beibehält. Nein, er nimmt billigend in Kauf, dass das Niveau weiter sinkt. Aber für unsere Kinder darf das Niveau nicht weiter sinken. Flüchtlinge, die oft selbst noch Anpassungsschwierigkeiten und Probleme bei der Integration haben, mit einer Lehrberechtigung auszustatten und auf unsere Kinder loszulassen, ist nicht erfolgversprechend. Strukturen zu schaffen, die den Flüchtlingen den Verbleib in Deutschland so schmackhaft wie möglich machen, ist abzulehnen.

Die Problemstellung der "Beschulung ukrainischer Kinder" ist ein Folgefehler falsch verstandenen Asylrechts. Das Asylrecht ist ein Recht auf Zeit, im vorliegenden Ukraine-Konflikt bis zur Befriedung des Landes. Im Gesetzentwurf ist von Hunderten nach Bayern geflohenen Personen mit ukrainischer Lehrqualifikation die Rede, denen keine mittelfristige Anstellungsperspektive gegeben wird. Das ist völliger Quatsch.

(Widerspruch bei der SPD)

Sie haben eine sehr gute Anstellungsperspektive, und zwar in der Ukraine nach Beendigung des Konflikts, und auch in Deutschland als Vertretungs- und Willkommenskraft "Ukraine". Das ist auch zweckmäßig; denn es geht doch vorrangig um die Betreuung der ukrainischen Schüler durch eigene Landsleute.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Ist das eine Rede aus dem Kreml? –
Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das habe ich auch schon vermutet!)

Oder will man ernsthaft von einer ukrainischen Lehrkraft verlangen, dass sie einen deutschen Lehrer adäquat ersetzt? Seitens der AfD bestehen Zweifel daran, ob es Sinn ergibt, Geflüchteten mit staatlichen Mitteln eine Förderung und Bevorzugung zuzugestehen, die ihnen in ihrem Heimatland nicht zuteil würde. Warum sollte man die-

sen Anreiz schaffen und somit noch mehr Flüchtlinge speziell nach Deutschland locken?

(Ruth Müller (SPD): Mei oh mei! – Barbara Regitz (CSU): Das ist übel, was Sie verzapfen!)

Genau das Gegenteil sollte erreicht werden. Deutschland kann sich nicht noch mehr Flüchtlinge leisten, da sich viele Bürger bald Strom und Heizung nicht mehr leisten können.

(Beifall bei der AfD)

Mangels Einstellungsvoraussetzung können keine ukrainischen Lehrkräfte unbefristet eingestellt werden, und das ist gut so. Der Gesetzentwurf ist abzulehnen, da er das Problem Lehrermangel für regulär schulpflichtige Kinder nicht löst. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Dr. Simone Strohmayr für die SPD-Fraktion. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf der FDP zur Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes ist auf den ersten Blick eine charmante Initiative. Es ist gut und wichtig, Lehrkräften aus der Ukraine Berufs- und Lebensperspektiven in Bayern zu geben. Diese Lehrer leisten in Bayern hervorragende Arbeit. Sie arbeiten angestellt an staatlichen Schulen, in Willkommensklassen, als Teamlehrer oder als Vertretungskraft, und sie werden gebraucht, liebe Kolleginnen und Kollegen, und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, Sie begründen in Ihrem Gesetzentwurf Ihre Initiative vor allen Dingen mit dem gravierenden Lehrermangel in Bayern. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, Lehrermangel gibt es hier in Bayern dank der Staatsregierung und ihrer über Jahrzehnte hinweg verfehlten Personalpolitik in Bayerns Schulen. Hier ist immer alles auf Kante genäht worden. Es fehlen massiv Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen, an Mittelschulen, an Förderschulen, an Gymnasien und an Berufsschulen – man kann sagen: an allen Schularten hier in Bayern.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER))

Das ist Fakt, lieber Herr Kollege! Das ist traurige Realität hier in Bayern. Herr Kollege, wir saßen gestern mit Vertretern der Schulfamilie hier aus Bayern zusammen. Ich kann Ihnen nur Folgendes sagen: Alle haben einheitlich gefordert, dass das Problem Lehrermangel endlich angegangen werden muss.

(Beifall bei der SPD)

Trotz dieser schwierigen Lage, in der wir uns befinden, müssen wir natürlich auch auf die Qualität achten. Es geht nicht nur darum, Stellen zu besetzen, sondern sie müssen auch gut und passgenau besetzt werden; hier gebe ich der Frau Kollegin recht.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Aha!)

Auch das war gestern Thema bei der Aussprache. Aus den Anfragen der SPD ging hervor, dass es in der Ukraine zum Beispiel den Ein-Fach-Lehrer gibt; bei uns gibt es ihn nicht.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Aha!)

Natürlich muss man da Möglichkeiten und Lösungen finden, wie man diese Qualifikationsebenen aneinander anpasst.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Aha!)

Aber ich sage Ihnen: Das ist möglich, wenn man will, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir sind uns darin einig, dass die Qualität der bayerischen Bildung erhalten bleiben muss.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Aha!)

Dafür ist aber nicht wichtig – hören Sie jetzt gut zu –, woher jemand kommt, sondern letztendlich dessen Qualifikation.

(Beifall bei der SPD – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Oha!)

Im Gesetzentwurf der FDP steht, sie würde Nachqualifizierungsmöglichkeiten vermissen. – Ja, Herr Kollege, es fehlen Nachqualifizierungsmöglichkeiten. Leider benennen Sie im Gesetzentwurf nicht, wie diese aussehen sollen.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

Das wäre nämlich wichtig gewesen.

Wir als Sozialdemokraten wollen Zugangserleichterungen für Lehrerinnen und Lehrer. Damit das gelingt, brauchen wir Standards, die festgeschrieben werden. Ebenso müssen wir es schaffen, entsprechende Nachqualifizierungsmöglichkeiten, die passgenau sein müssen, zu schaffen. Natürlich geht es auch um die Frage, ob das Referendariat noch abgeleistet werden muss. Auch das ist sicherlich eine Frage, die beantwortet werden muss.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, insgesamt müssen wir uns damit anfreunden, dass wir Quer- und Seiteneinstieg ins Lehramt dauerhaft – ich sage Ihnen: dauerhaft – brauchen werden. Wir müssen entsprechende Möglichkeiten schaffen, damit dieser Quer- oder Seiteneinstieg auch gelingt.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Nächster Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Hohes Haus, verehrte Bürger! Seit Jahren werden der Lehrermangel und dessen Ursachen ignoriert, was sich jetzt als äußerst prekär für unser Schulsystem erweist. Darüber sind sich hier im Haus alle einig. Wer aber den Hut aufhat und wer die Schuld trägt – keiner will es gewesen sein.

Flüchtlingswellen und Familiennachzug von Migranten bringen nach Deutschland immer mehr schulpflichtige Kinder, die es zu unterrichten gilt. Die FDP möchte Flüchtlingen, die in ihrer Heimat als Lehrer unterrichtet haben und sofern sie aus Ländern mit EU-Beitrittskandidatenstatus kommen, trotz mangelnder Qualifikation und fehlenden Aufenthaltsstatus eine unbefristete Anstellung im Staatsdienst verschaffen. Die FDP will damit deren Gleichstellung mit EU-Mitgliedstaatlern. Das ist natürlich absurd und abzulehnen, denn in Berufen, in denen man mit Kindern arbeitet, ist die Qualifikation das A und O. Lehrer müssen das Curriculum beherrschen, über sehr gute Deutschkenntnisse verfügen, Sachwissen besitzen sowie gehobene pädagogische und soziale Kompetenzen nachweisen, die sich von denen der Herkunftsländer – zumindest derjenigen, die gemeint sind – wohl erheblich unterscheiden.

Lehrer spielen in der Erziehung und Bildung von Kindern eine für das Leben prägende Rolle, weshalb man sichergehen muss, dass auswärtige Lehrer mit der westlichen Mentalität und Erziehung der Kinder zurechtkommen. Ohne intensive Nachqualifizierung wäre – entgegen der Auffassung der FDP – die nach EU-Recht nötige Gleichwertigkeit der Berufsausbildungen in der Kürze der Zeit eben nicht zu erbringen. Es liegt nicht im Interesse unseres Landes, Nicht-EU-Staatler für einen Berufsweg zu privilegieren, wenn bei Betrachtung der Gesamtlage eine Verfestigung zum erlaubten Dau-

eraufenthalt noch nicht einmal absehbar ist. Am Beispiel der Ukraine-Flüchtlinge darf man wohl –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Raimund Swoboda (fraktionslos): – eher erwarten, dass diese nach dem Krieg wieder in ihre Heimat zurückkehren. Deshalb sollte man sich darauf fokussieren, deutsche Lehrkräfte zu rekrutieren und zu fördern, die diesem Beruf –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, kommen Sie jetzt bitte zum Ende.

Raimund Swoboda (fraktionslos): – in unserem Land langfristig nachgehen und so den Lehrermangel auch nachhaltig beheben.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Für die Staatsregierung spricht jetzt noch der Herr Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe gerade überlegt, was ich während des Sommers vermisst habe. Ich sage es ganz deutlich: die Beiträge von der AfD nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Das war unsäglich. Unsäglich! Man kann über den Gesetzentwurf der FDP denken, wie man will. Dass er solche Wortmeldungen evoziert, ist aber nicht gerechtfertigt. Das ist nicht gerechtfertigt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und der FDP)

Das sage ich an dieser Stelle ganz deutlich, weil wir bei einem sehr ernsten und auch schwierigen Thema sind, das seit vielen Jahren gesehen wird. Die Bedarfe sind – ich kann das an dieser Stelle nur wiederholen – nichts Neues. Das geht an der Opposition auch teilweise vorbei. Man muss die Dinge immer wieder erzählen. Ich werde es heute nicht zu lang machen. Ich habe das bei der Pressekonferenz eine Dreiviertelstunde gemacht. Man hat das Gefühl, dass das manchmal müßig ist.

Es wird immer wieder und seit vielen Jahren betont, dass es kein Bundesland gibt, das eine so gute Lehrerbedarfsprognose wie Bayern macht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Insofern sind wir – – Wir wissen schon, wo wir Bedarfe haben. Seit vielen Jahren wird auch reagiert. Ja, es ist eine Reaktion auf Lehrer, die fehlen. Ich erinnere aber nur – ich will es nicht zu lang machen – an die Zweitqualifikanten: An den Grund- und Mittelschulen haben wir Tausende von Zweitqualifikanten mit anderen Lehramtsausbildungen. Das ist über Jahre aufgebaut worden. Da sind entsprechend hoch qualifizierte, hoch geschulte Lehrkräfte. Das wird seit Jahren gemacht.

In meiner Zeit – ich kann es auch noch einmal deutlich machen – haben wir die Zweitqualifikation natürlich weitergeführt, gestärkt. Wir haben freiwillige Maßnahmen. Ich war der einzige Minister, der dienstrechtliche Maßnahmen gemacht hat. In keinem der Bundesländer der Ampel ist das geschehen. Die haben alle – zum Großteil jedenfalls – wesentlich höhere Bedarfe und wesentlich höheren Mangel. Das wird in einem aufkommenden Wahlkampf aber natürlich nicht gesehen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Hört, hört!)

Ich will überhaupt nichts schönreden. Natürlich haben wir Bedarfe, gerade auch durch Corona. Ich schaue mir die Zahlen sehr wohl an, auch das, was wir jetzt hier in Mün-

chen, in Eichstätt, in Straubing und in anderen Orten erleben, wo die Zahlen raufgehen. Das ist in einer freiheitlichen Gesellschaft – und wir wollen wieder mehr Freiheit und dass die Menschen mehr rausgehen – halt eine der Konsequenzen, die wir haben und der wir auch begegnen müssen.

Ich will nur auf der anderen Seite auch wieder einmal sagen: Wir hatten in Bayern noch nie so viele Lehrkräfte im Dienst wie aktuell. Das will ich auch wieder einmal deutlich machen: über 100.000 Lehrkräfte sind im staatlichen Schuldienst.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Wir haben auch mehr Kinder!)

– Nein, wir haben nicht mehr Kinder.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Richtig!)

Nein, das haben wir nicht. Wir hatten vor 10 und 20 Jahren mehr Schüler, aber damals weniger Lehrer.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Nur – und deshalb ist das, was ich jetzt sage, natürlich auch relativ einfach strukturiert – haben wir jetzt natürlich auch mehr Aufgaben. Wir haben kleinere Klassen, all das. Insofern müssen wir uns da mal – dazu ist aber heute nicht der Platz – gerne intensiv unterhalten. Das machen wir vielleicht mal wieder im Bildungsausschuss.

Ich will an dieser Stelle aber – – Das ist mir schon sehr, sehr wichtig, weil – das hat auch Tobias Gotthardt deutlich gemacht – wir in den letzten Wochen und Monaten sehr, sehr intensiv daran gearbeitet haben, die entsprechenden Stellen zu besetzen. Lieber Herr Fischbach, es geht um – das habe ich immer gesagt – die Besetzung der offenen Stellen. Das ist schon was anderes als: Wo fehlt was? – Jetzt ging es darum, welche Stellen wir ausschreiben und wie viel wir besetzen. Da ist in den letzten Wochen und Monaten enorm viel passiert.

Deshalb an dieser Stelle auch mein Dank an die Schulämter, an die Regierungen, an all diejenigen, die sich hier wirklich über die Ferien hinweg bemüht haben, Unterrichtsversorgung sicherzustellen. Dazu haben übrigens auch ukrainische Lehrkräfte entscheidend beigetragen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich will jetzt noch einen Dank an die ukrainischen Lehrkräfte, die bei uns sind, anschließen. Es wird ja so getan und auch im Gesetzentwurf unterstellt, als ob wir da keine Chancen gäben. – Wir haben bei uns im Schulsystem in den Brückenklassen inzwischen über 550 ukrainische Kräfte mit unterschiedlichen Qualifikationen und auch mit unterschiedlichen Verträgen eingestellt. Ich bin sehr dankbar – ich sage das ganz deutlich –, dass sie bei uns sind, dass wir ihnen eine Chance geben und dass sie die Chance auch wahrnehmen. Das nutzt unseren Kindern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich will es ganz deutlich formulieren – er hat jetzt leider den Saal verlassen, aber ich kann es ihm nachher auch persönlich sagen –: Kollege Gehring stellt sich hier hin und sagt, viele Ukrainerinnen putzen lieber, als Lehrkräfte zu sein. Das sind Aussagen, die ich eigentlich nicht dem normalen Niveau dieser Debatte angemessen finde.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe von den FREIEN WÄHLERN und der CSU: Bravo!)

Wobei ich auch ganz deutlich machen möchte, dass ich die Tätigkeit des Saubermachens auch hier im Land sehr hoch schätze und wir die nicht so geringschätzen sollten, wie das gerade getan worden ist. Das sind, egal aus welcher Nation sie kommen, wichtige Kräfte, die bei uns saubermachen, pflegen und vieles mehr. Auf diejenigen, die bei uns unterrichten, trifft das auch zu. Deshalb bitte nicht dieser Ton! Das war ein ganz schönes Stück Arroganz.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich will dennoch sagen: Ich finde es richtig, im Parlament Gesetze einzubringen. Ich halte diesen Gesetzentwurf, Herr Fischbach und Kollegen von der FDP-Fraktion, für nicht sehr hilfreich, aber zumindest diskutieren wir über ein wichtiges Thema. Das ist ja schon mal was. Ich glaube, das hilft uns deshalb nicht weiter – das ist in verschiedenen Reden schon angesprochen worden –, weil wir das Thema etwas differenzierter angehen müssen. Wir müssen aufpassen, dass wir keinen Qualitätsverlust erleiden. Wir haben – ich will das nicht wiederholen, das ist oft überstrapaziert – Bildungsmonitoren und vieles mehr. Nur: Bayern wird seit Jahren bescheinigt, an den Schulen hohe Qualitätsstandards zu haben. Die müssen wir halten.

Das heißt nicht, dass wir ukrainische Kräfte, türkische Kräfte, montenegrinische Kräfte oder wen auch immer bei uns nicht aufnehmen, wenn sie die entsprechende Qualifikation haben. Aber es sind nun zum Teil andere Qualifikationen. Deshalb müssen wir sie und wollen wir sie auch entsprechend nachschulen und nicht einfach aufnehmen. Es ist dann schon notwendig, entsprechend nachzuschulen und diese Karrierewege einzuräumen. Genau das wollen wir tun und werden wir auch tun. Das gilt übrigens auch für Kräfte, die in Deutschland studiert haben, aber kein Lehramt studiert haben, egal ob es an den Universitäten oder an den Fachhochschulen ist, wo man seinen Bachelor oder seinen Master erwirbt. Wir wollen diejenigen, wenn sie in unseren Schulen arbeiten wollen, mit den entsprechenden Qualifikationen aufnehmen, aber auch weiterentwickeln. Das heißt insbesondere – das will ich zum Abschluss noch deutlich machen –: Wir haben hier sinnvolle Sondermaßnahmen.

Ich persönlich bin ein großer Freund von zwei Staatsexamen. Ich bin jemand, der das Referendariat für sehr, sehr sinnvoll hält. Deshalb ist es dann auch notwendig, diejenigen, die mit unbefristeten Verträgen längerfristig bei uns arbeiten wollen, über diese Schiene einzuschleifen, weiter zu schulen und entsprechend in ein Schulsystem hineinzubringen. Da ist es dann aber notwendig, dies nicht pauschal für alle zu sagen, egal welche Ausbildung sie haben, sondern sich das, wie wir das tun, genau individuell anzuschauen. Dann müssen wir es bewerten. Dann müssen wir auch sehen, wo wir

den entsprechenden Bedarf haben, und dann je nachdem die Kräfte in die Referendarzeit aufnehmen und so schulen und ausbilden, dass sie für unsere Schülerinnen und Schüler einen Mehrwert bringen.

Insofern: Danke für die Diskussion, die wir führen. Ich bitte, nicht alle Zahlen und sonst was durcheinanderzubringen, sondern trotz des aufziehenden Wahlkampfes sachlich und konstruktiv zu diskutieren. Ich freue mich auf entsprechende Diskussionen im Bildungsausschuss. Seien Sie gewiss, dass gerade wir uns um die Qualität unserer Schulen Gedanken machen und sie hochhalten; denn all das, was wir tagtäglich tun, tun wir für unsere Schülerinnen und Schüler. Da sind wir in Bayern sehr gut aufgestellt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Minister, es gibt noch eine Zwischenbemerkung des Kollegen Arif Taşdelen.

Arif Taşdelen (SPD): Herr Minister Piazzolo, Sie haben dem Herrn Vizepräsidenten Gehring Unrecht getan. Herr Gehring hat gesagt, dass sich einer für einen anderen Arbeitgeber entschieden hat, weil er zuverlässig und schnell Lohn bezahlt hat. Er hat die Art der Tätigkeit definitiv nicht erwähnt.

(Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Doch! Natürlich! Hat er erwähnt! Zuhören bitte!

Arif Taşdelen (SPD): Dieses Niveau ist kein Niveau für einen Kultusminister.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Na, na! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Die Zwischenfrage auch nicht! – Weitere Zurufe von der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Soll ich ihn fragen?

Dann fragen wir ihn mal.

(Unruhe)

– Er hat es genannt. Sie haben nicht richtig zugehört. Er hat nicht zugehört.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat noch der Herr Taşdelen.

Arif Taşdelen (SPD): Zur Frage: Sie haben gesagt, dass wir mehr Lehrerinnen und Lehrer haben als je zuvor. Sind es Köpfe oder Vollzeitstellen?

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Beides!

Arif Taşdelen (SPD): Und Sie haben gesagt, dass wir im Vergleich zu den letzten Jahren nicht mehr Schülerinnen oder Schüler haben. Könnten Sie uns da bitte Zahlen nennen?

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Gerne. Also: Bitte zuhören. Ich habe bei der Rede von Herrn Gehring sowohl "Campingplatz" als auch "putzen" verstanden. Diese beiden Begriffe sind gefallen. Stimmt das, oder stimmt es nicht?

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN und der CSU: Genau! – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): So ist es!)

Ist das so gefallen oder nicht?

(Gisela Sengl (GRÜNE): Ist es üblich, dass der Vizepräsident einfach so gefragt wird?)

– Es ist schon üblich, wenn etwas behauptet wird. Das können wir schon machen. Wenn er das nicht will – – Es war nur eine Frage. Er hat sie nicht beantwortet.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Es geht um die Zuverlässigkeit der Bezahlung! Das ist das Thema!)

– Nein!

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wir haben ein Protokoll! Da schauen wir nach!)

– Darf ich vielleicht ausreden? Wir schauen im Protokoll nach. Er muss ja nicht antworten. Ich habe aber das Recht, eine Frage zu stellen. Da sind wir uns wohl einig.

Ich jedenfalls habe das gehört und habe das entsprechend kommentiert.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): So ist es! Wir haben es alle gehört!)

Das ist meine Meinung. Es bleibt jedem überlassen, eine andere Meinung zu haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben – das habe ich gesagt – so viele Lehrer wie noch nie im staatlichen Dienst. Das sind erst mal Köpfe. Aber wir haben auch so viele Stellen wie noch nie. Das sind die Planstellen. Beides stimmt. Ich habe auch gesagt, dass wir nicht mehr Schülerinnen und Schüler haben als in den vergangenen Jahren. Aber ich kann gerne – das können wir gerne noch mal machen – Vergleichszahlen liefern von vor zehn Jahren oder auch von vor zwanzig Jahren, wo wir vergleichbare Schülerzahlen wie jetzt hatten und wesentlich weniger Lehrer. Ich glaube aber trotzdem – das habe ich in meiner Rede gesagt, und das kann man erwähnen –, dass das die Realität nur teilweise abbildet. Das habe ich auch deutlich gemacht, weil wir inzwischen mehr Aufgaben haben – genannt seien Migration, Integration und noch vieles mehr – und weil wir inzwischen auch deutlich kleinere Klassen haben. Wir haben in Tausende von Lehrerstellen investiert, um die Klassen kleiner zu machen, was auch sehr sinnvoll ist. Also haben wir weniger Schülerinnen und Schüler in einer Klasse. Ich kann gerne auf Wunsch die konkreten Zahlen nachliefern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Bildung und Kultus als federführendem Ausschuss zu überweisen. Erhebt sich Widerspruch? – Nein. Dann ist das so beschlossen.